



# AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Herausgegeben von der Zentralen Verwaltung  
Jahrgang 48 – Nr. 31 – 19.12.2022  
ISSN 1866-2862

## Inhaltsverzeichnis

---

### AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN

---

Habilitationsordnung der Medizinischen Fakultät der Universität Tübingen

806

# **Habilitationsordnung der Medizinischen Fakultät der Universität Tübingen**

Aufgrund von § 39 Abs. 5 Satz 1 des Landeshochschulgesetzes (LHG) vom 01. Januar 2005 (GBl. S. 1) in der Fassung vom 01. April 2014 (GBl. S. 99), zuletzt geändert durch Artikel 7 der Verordnung vom 21. Dezember 2021 (GBl. 2022, S. 1, 2), hat der Senat der Universität Tübingen am 15. Dezember 2022 die nachstehende Habilitationsordnung beschlossen.

Die Rektorin hat ihre Zustimmung am 15. Dezember 2022 erteilt.

## **Inhaltsverzeichnis**

- § 1 Bedeutung der Habilitation
- § 2 Habilitationserfordernisse
- § 3 Verfahren und Habilitationsausschuss
- § 4 Voraussetzungen der Habilitation
- § 5 Habilitationsgesuch
- § 6 Zulassung zum Habilitationsverfahren
- § 7 Nachweis pädagogisch-didaktischer Eignung
- § 8 Schriftliche Habilitationsleistung
- § 9 Mündliche Habilitationsleistung
- § 10 Vollzug der Habilitation
- § 11 Wiederholung
- § 12 Erweiterung der Habilitation
- § 13 Verfahren bei ablehnenden Entscheidungen
- § 14 Verleihung der Lehrbefugnis; Urkunde
- § 15 Antrittsvorlesung
- § 16 Verlust der durch die Habilitation erworbenen Rechtsstellung
- § 17 Inkrafttreten

### **§ 1 Bedeutung der Habilitation**

(1) Die Habilitation dient dem Nachweis der besonderen Befähigung, ein wissenschaftliches Gebiet in Forschung und Lehre selbstständig zu vertreten. Aufgrund der erfolgreichen Habilitation wird die Lehrbefugnis für ein bestimmtes wissenschaftliches Fach oder Fachgebiet verliehen.

(2) Eine Habilitation an der Medizinischen Fakultät Tübingen ist nur in Fächern oder Fachgebieten möglich, die an der Medizinischen Fakultät der Universität Tübingen in Forschung und Lehre ausreichend breit vertreten sind.

### **§ 2 Habilitationserfordernisse**

Die Habilitation erfolgt aufgrund der schriftlichen und mündlichen Habilitationsleistungen nach §§ 8 und 9.

Bei den Zulassungsvoraussetzungen unterscheidet die Medizinische Fakultät Tübingen zwischen schwerpunktmäßig klinisch tätigen Antragstellenden und nicht-klinisch tätigen Antragstellenden. Für die Gruppe der nicht-klinisch tätigen Antragstellenden wird ein Habilitationsmodul mit dem Schwerpunkt Forschung sowie ein weiteres Habilitationsmodul mit dem Schwerpunkt Lehre unterschieden. Die Zulassungsanforderungen sind in § 4 dargelegt.

### § 3 Verfahren und Habilitationsausschuss

(1) Der Habilitationsausschuss ist zuständig für die Durchführung der Habilitationsverfahren sowie für die Durchführung der Verfahren zur Verleihung der Lehrbefugnis in besonderen Fällen (§ 14 Abs. 3 und 4) und trifft die jeweils erforderlichen Maßnahmen und Entscheidungen. Er entscheidet zudem über alle Fragen im Rahmen des Habilitationsverfahrens, für die keine besondere Regelung getroffen ist.

(2) Dem Habilitationsausschuss gehören 27 vom Fakultätsrat gewählte hauptberufliche Professorinnen bzw. Professoren oder hauptberuflich tätige habilitierte Mitglieder der Medizinischen Fakultät der Universität Tübingen an, davon 18 hauptberufliche Professorinnen bzw. Professoren und 9 hauptberuflich tätige Privatdozentinnen bzw. Privatdozenten bzw. außerplanmäßige Professorinnen bzw. außerplanmäßige Professoren. Als vertretende Mitglieder gehören 6 weitere vom Fakultätsrat hinzugewählte hauptberufliche Professorinnen bzw. Professoren und 3 hauptberuflich tätige Privatdozentinnen bzw. Privatdozenten und außerplanmäßige Professorinnen bzw. außerplanmäßige Professoren als stimmberechtigte Mitglieder dem Habilitationsausschuss an. Der Habilitationsausschuss wird vom Fakultätsrat untergliedert in drei Habilitationskommissionen, die jeweils das Fächerspektrum und die wissenschaftlichen Schwerpunkte repräsentieren.

(3) Die Amtszeit des Habilitationsausschusses beträgt 3 Jahre. Eine Wiederwahl ist möglich.

(4) Vorsitzende bzw. Vorsitzender des Habilitationsausschusses ist die Dekanin bzw. der Dekan oder eine oder ein von ihr bzw. ihm bestellte Professorin oder bestellter Professor, die bzw. der Mitglied im Dekanat ist. Die Vorsitzende bzw. der Vorsitzende des Habilitationsausschusses ist stimmberechtigtes Mitglied des Habilitationsausschusses und leitet die Sitzungen.

(5) Die Habilitationskommissionen bestehen aus je 6 hauptberuflichen Professorinnen bzw. Professoren und 3 hauptberuflich tätigen Privatdozentinnen bzw. Privatdozenten bzw. außerplanmäßigen Professorinnen bzw. außerplanmäßigen Professoren sowie aus vertretenden Mitgliedern, davon je 2 hauptberufliche Professorinnen bzw. Professoren und 1 hauptberuflich tätige Privatdozentin bzw. außerplanmäßige Professorin oder hauptberuflich tätiger Privatdozent bzw. außerplanmäßiger Professor. Die Kommissionsvorsitzenden werden vom Fakultätsrat aus dem Kreis der stimmberechtigten Mitglieder des Habilitationsausschusses gewählt. Die Vorsitzenden leiten die Sitzungen.

(6) Der Fakultätsrat überträgt die Zuständigkeit für die Verfahren an den Habilitationsausschuss, der aus 3 unabhängig voneinander arbeitenden Habilitationskommissionen besteht, die für die Durchführung der Habilitationsverfahren zuständig sind. Sie treffen die jeweils erforderlichen Maßnahmen und Entscheidungen. Die Entscheidungsbefugnis gilt auch in den besonderen Fällen nach § 14 Abs. 3 und 4 sowie in den Fällen, für die keine Zuständigkeitsregelung getroffen ist. In Ausnahmefällen können Beschlüsse im Habilitationsausschuss gefasst werden.

(7) Die Habilitationskommissionen haben folgende Aufgaben:

1. Beschluss über die Zulassung zum Habilitationsverfahren
2. Beschluss über die Bestellung der Gutachterinnen und Gutachter
3. Beschluss über die Bewertung der Lehrleistung
4. Beschluss über die Bewertung des Nachweises der pädagogisch-didaktischen Eignung
5. Beschluss über die Annahme der schriftlichen Habilitationsleistung
6. Beschluss über die Annahme der mündlichen Habilitationsleistung
7. Beschluss über die Zulassung von Verfahren zur Verleihung der Lehrbefugnis in besonderen Fällen, gemäß § 14 Abs. 3 und 4

8. Beschluss über die Annahme von Habilitationsleistungen in besonderen Fällen, gemäß § 14 Abs. 3 und 4

(8) Der Habilitationsausschuss und die Habilitationskommissionen tagen nicht-öffentlich. Zu einem einzelnen Habilitationsverfahren können beratend Gäste hinzugezogen werden.

(9) Der Habilitationsausschuss und die Habilitationskommissionen sind beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Die Beschlussfassung im Habilitationsausschuss und den Habilitationskommissionen bedarf der Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder. Die Abstimmungen erfolgen offen. Wird über Annahme oder Ablehnung der Habilitationsleistung beschlossen, ist Stimmenthaltung nicht zulässig. Hinsichtlich von Befangenheitsgründen gelten die Regeln nach § 20 VwVfG. Werden Habilitationsleistungen abgelehnt, ist die Stimmabgabe zu protokollieren zusammen mit der Begründung für die Stimmabgabe, die in der Bezugnahme auf ein Gutachten oder einem begründeten Einspruch liegen kann.

(10) Die Beteiligten sind zur Verschwiegenheit verpflichtet. Diese Pflicht schließt auch die Geheimhaltung der Beratungsunterlagen ein.

#### **§ 4 Voraussetzungen der Habilitation**

(1) Die Zulassung zur Habilitation setzt die Berechtigung zur Führung eines Doktorgrades einer deutschen wissenschaftlichen Hochschule oder eines gleichwertigen akademischen Grades einer ausländischen wissenschaftlichen Hochschule voraus.

(2) Die Bewerberin bzw. der Bewerber muss in der Regel in dem Fach oder Fachgebiet, für das sie bzw. er sich habilitieren will, über mehrere Jahre nach der Promotion wissenschaftlich in Forschung und Lehre mit entsprechendem Nachweis tätig gewesen sein. Über Ausnahmen entscheidet die Habilitationskommission.

(3) Bei den Zulassungsvoraussetzungen unterscheidet die Medizinische Fakultät Tübingen zwischen schwerpunktmäßig klinisch tätigen Antragstellenden und nicht-klinisch tätigen Antragstellenden. Nicht-klinisch tätige Antragstellende können die Zulassungsvoraussetzungen entweder in dem Habilitationsmodul mit dem Schwerpunkt Forschung oder dem Habilitationsmodul mit dem Schwerpunkt Lehre erwerben.

Für das Habilitationsmodul mit dem Schwerpunkt Forschung ist der Nachweis von mindestens einer erfolgreichen Drittmittelerwerbung extramural, peer reviewed als PI oder Co-PI (Antragstellende bzw. Antragstellender oder Mit Antragstellende bzw. Mit Antragsteller mit signifikanter eigener Budgetzuweisung) eines Forschungsprojekts bei z.B DFG, BMBF, etc. für den Antrag auf Habilitation erforderlich.

Für das Habilitationsmodul mit dem Schwerpunkt Lehre ist der Abschluss eines Masters of Medical Education, das ministerielle „Baden-Württemberg-Zertifikat für Hochschuldidaktik in der Medizin“ (erfolgreich absolvierter MQ I und MQ II) oder der Nachweis einer mit dem TIME Institut abgestimmten evidenzbasierten Entwicklung und Implementierung von Lehrinhalten unter wissenschaftlicher Begleitung im Sinne einer Tätigkeit als „Education Scientist“ erforderlich.

(4) Die wissenschaftliche Tätigkeit in der Forschung wird in der Regel durch die Vorlage von mindestens 15 Originalpublikationen, davon mindestens 10 Arbeiten als Erstautor(in) oder Letztautor(in) nachgewiesen. Geteilte Erstautor- bzw. Letztautorenschaften können durch Annahme der Habilitationskommission bedingt wie Erstautorenschaften gewertet werden. Mindestens die Hälfte der Arbeiten in Erst- oder Letztautorschaft sollen in Journalen publiziert sein, die in den oberen 50 Prozent der Fachkategorie gelistet werden. Arbeiten, die zum Druck

angenommen sind, sind entsprechend zu kennzeichnen. Eine Annahmestätigung ist der Publikationsliste beizufügen. Das Merkblatt zum Habilitationsverfahren gibt zur Publikationsleistung detailliert Auskunft. Über Ausnahmen entscheidet die Habilitationskommission. Es besteht die Möglichkeit, auf Antrag durch andere Leistungen in Forschung, Lehre oder Krankenversorgung die Summe der mindestens einzureichenden Publikationen zu reduzieren. Genauere Auskunft gibt das Merkblatt zur Habilitation, die jeweilige Einzelfallentscheidung obliegt dem Habilitationsausschuss.

(5) (a) Die Bewerberin bzw. der Bewerber soll eine Weiterbildung im pädagogisch-didaktischen Bereich in der Regel durch die erfolgreiche Teilnahme an einem zertifizierten Programm zur medizin-didaktischen Qualifikation (Medizindidaktische Qualifikation I des Kompetenzzentrums für Hochschuldidaktik in der Medizin oder äquivalente Weiterbildung) nachweisen. Über Ausnahmen entscheidet die Habilitationskommission.

(b) Die Bewerberin bzw. der Bewerber soll eine Weiterbildung in der guten wissenschaftlichen Praxis, insbesondere auch in der Promovierendenbetreuung, nach den jeweils beschlossenen Empfehlungen der Fakultät durch Vorlage einer Bescheinigung über die Teilnahme an einer solchen Maßnahme nachweisen. Über Ausnahmen entscheidet die Habilitationskommission.

(6) Leistungen in der studentischen Lehre sind überwiegend im angestrebten Habilitationsfach durch das erfolgreiche Abhalten von studiengangsbezogenen Lehrveranstaltungen während mindestens 3 Semestern mit einem Umfang von jeweils mindestens zwei Semesterwochenstunden nachzuweisen. Das Merkblatt zum Habilitationsverfahren gibt zu den Anforderungen der Lehrleistungen detailliert Auskunft. Über Ausnahmen entscheidet die Habilitationskommission.

Es ist der Nachweis einer positiven personenbezogenen Lehrevaluation zu erbringen. Sollten keine personenbezogenen Evaluationen aus Evasys oder vergleichbare Lehrevaluationen vorliegen, muss dies durch die Bewerberin bzw. den Bewerber begründet und nachgewiesen und von der Habilitationskommission beurteilt werden. Selbiges gilt, wenn zwar eine personenbezogene Lehrevaluation nachgewiesen werden kann, diese jedoch nicht positiv aufgefallen ist. Im Einzelfall kann die Habilitationskommission die Bewerberin bzw. den Bewerber auffordern, eine Lehrveranstaltung evaluieren zu lassen. Über Ausnahmen entscheidet die Habilitationskommission.

(7) Bewerberinnen oder Bewerber, die die Habilitation in einem klinischen oder klinisch-theoretischen Fach oder Fachgebiet anstreben, das von der jeweils geltenden Weiterbildungsordnung der Landesärztekammer Baden-Württemberg erfasst ist, müssen grundsätzlich die Anerkennung der betreffenden Weiterbildung (Facharzturkunde) durch eine Bezirksärztekammer nachweisen.

(8) Die Habilitation soll in einem angemessenen Zeitraum abgeschlossen werden. Spätestens nach Ablauf von zwei Jahren nach Ankündigung der Habilitationsabsicht mittels Vorlage vollständiger Unterlagen sind die wesentlichen Ergebnisse der bis dahin erstellten Habilitationsleistung zur Zwischenevaluierung vorzulegen. Für die Zwischenevaluierung ist in der Regel eine hauptamtliche Professorin bzw. ein hauptamtlicher Professor der Medizinischen Fakultät als Fachvertreterin bzw. Fachvertreter zuständig, die bzw. der von der Dekanin bzw. dem Dekan bestimmt wird; die Habilitandin bzw. der Habilitand kann hierzu einen Vorschlag unterbreiten. Bei Bedarf können zwei fachnahe Mitglieder des Habilitationsausschusses hinzugezogen werden. Hierzu ist die Habilitationsabsicht der Dekanin bzw. dem Dekan unter Angabe des angestrebten Habilitationsfaches und des Habilitationsthemas mitzuteilen, die bzw. der die Zuständigkeit einer Habilitationskommission überträgt.

## § 5 Habilitationsgesuch

(1) Das Habilitationsgesuch ist schriftlich an die Vorsitzende bzw. den Vorsitzenden des Habilitationsausschusses zu richten. In dem Gesuch muss das Fach oder Fachgebiet, für das die Bewerberin bzw. der Bewerber sich habilitieren will, eindeutig bezeichnet sein. Dem Gesuch sind beizufügen:

1. ein unterzeichnetes Antragsformular, inklusive Erklärungen nach § 5 (1) Nrn. 12 – 14 und ggf. Nr. 17 der Habilitationsordnung.
2. ein Lebenslauf mit Darstellung des wissenschaftlichen Werdegangs.
3. urkundliche Nachweise - im Original oder in amtlich beglaubigter Kopie – über die Erfüllung der Voraussetzung der Promotion nach § 4 Abs. 1, und ggf. der einschlägigen Weiterbildung nach § 4 Abs. 7.
4. die Habilitationsschrift und eventuell sonstige wissenschaftliche Arbeiten gemäß § 8 Abs. 2 Satz 2 oder die wissenschaftlichen Veröffentlichungen und zur Veröffentlichung angenommene wissenschaftliche Arbeiten, aufgrund derer die Habilitation beantragt wird, einschließlich einer Zusammenfassung der Habilitationsschrift.
5. ein vollständiges Verzeichnis der wissenschaftlichen Veröffentlichungen der Bewerberin bzw. des Bewerbers, nach der Gliederungsvorschrift des Habilitationsausschusses.
6. ein Verzeichnis über Art und Umfang der von der Bewerberin bzw. dem Bewerber bisher durchgeführten Lehr- und Unterrichtsveranstaltungen, gemäß der Gliederungsvorschrift des Habilitationsausschusses.
7. den Nachweis der Teilnahme an der Aus- und Weiterbildung eines Kompetenzzentrums für Hochschuldidaktik in Medizin (Medizindidaktische Qualifikation 1) oder einer gleichwertigen Weiterbildung.
8. personenbezogene Lehrevaluationen aus Evasys oder vergleichbaren Evaluationen (§ 4 Abs. 6). Sollten keine personenbezogenen Evaluationen vorliegen, muss dies durch den Bewerber begründet und nachgewiesen werden
9. ein Verzeichnis der mitbetreuten Dissertationen.
10. Angaben zu extern beantragten und eingeworbenen Drittmitteln unter Angabe des Eigenanteils
11. eine Übersicht über getätigte wissenschaftliche Aufenthalte an einer anderen Forschungsinstitution
12. den Nachweis über die Teilnahme an der Weiterbildung „Gute wissenschaftliche Praxis“.
13. Themenvorschläge für den wissenschaftlichen Vortrag nach § 9.
14. eine Versicherung darüber, dass die Habilitationsschrift oder die vorgelegten wissenschaftlichen Arbeiten, soweit sie von der Bewerberin bzw. dem Bewerber allein verfasst sind, von ihr bzw. ihm selbstständig und ohne andere als die darin angegebenen Hilfsmittel angefertigt sind; bei wissenschaftlichen Arbeiten, die die Bewerberin bzw. der Bewerber mit anderen Autorinnen oder Autoren gemeinsam verfasst hat, eine Erklärung über die Anteile der wissenschaftlichen Arbeit, die von der Bewerberin bzw. dem Bewerber beigetragen wurden, sowie die Versicherung darüber, dass diese Anteile selbstständig und ohne andere als die darin angegebenen Hilfsmittel angefertigt sind; schließlich eine Versicherung über die Vollständigkeit des Verzeichnisses der wissenschaftlichen Veröffentlichungen nach Nr. 4.
15. eine schriftliche Erklärung über andere noch anhängige oder erfolglos beendete Habilitationsverfahren sowie eine Erklärung darüber, ob die Habilitationsschrift in einem solchen Verfahren bereits ganz oder teilweise eingereicht wurde.
16. eine Erklärung über wissenschaftsbezogene strafrechtliche Verurteilungen, Disziplinarmaßnahmen und anhängige Straf- und Disziplinarverfahren, soweit die Auskunftspflicht nicht durch § 51 Bundeszentralregistergesetz ausgeschlossen ist.

17. Eine Stellungnahme des Fachvertreters/der Fachvertreterin.
18. eine Einverständniserklärung, vor Einreichung der Habilitationsschrift eine Plagiatsprüfung nach den Regeln der Fakultät durchführen zu lassen, wenn die Habilitationsschrift als eigenständige wissenschaftliche Leistung (Monographie) verfasst wird und nicht eine Reihe wissenschaftlicher Publikationen vorgelegt wird. In diesem Fall muss eine von der Habilitandin bzw. dem Habilitanden unterschriebene Erklärung über die Unbedenklichkeit der Ergebnisse der durchgeführten Plagiatsprüfung vorgelegt werden.

(2) Bis zur Entscheidung über die schriftliche Habilitationsleistung nach § 8 Abs. 7 kann das Habilitationsgesuch durch schriftliche Erklärung gegenüber der bzw. dem Vorsitzenden des Habilitationsausschusses ohne Angabe von Gründen mit der Folge zurückgenommen werden, dass es als nicht eingereicht gilt.

## **§ 6 Zulassung zum Habilitationsverfahren**

(1) Die bzw. der Vorsitzende des Habilitationsausschusses überträgt, sofern der Antrag vollständig ist und den formalen Anforderungen entspricht, einer der Habilitationskommissionen die Zuständigkeit für ein Habilitationsgesuch. Die zuständige Habilitationskommission entscheidet über die Zulassung zum Habilitationsverfahren. Aus den Mitgliedern der Habilitationskommission werden von der bzw. dem Vorsitzenden der Kommission für jedes Gesuch zwei fachnahe Mitglieder bestimmt, die das Habilitationsgesuch vor der Kommission vorstellen. Die Entscheidung der Habilitationskommission über die Zulassung zum Habilitationsverfahren wird der Bewerberin bzw. dem Bewerber von der Dekanin bzw. dem Dekan schriftlich mitgeteilt.

(2) Ist an einer deutschen wissenschaftlichen Hochschule schon ein Habilitationsverfahren für das im Habilitationsgesuch gemäß § 5 Abs. 1 Satz 2 bezeichnete Fach oder Fachgebiet erfolglos beendet worden, gilt die Zulassung als Zulassung zur Wiederholung des Verfahrens nach § 11. Die Habilitationskommission kann beschließen, dass dies im Fall eines außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes erfolglos beendeten, vergleichbaren Verfahrens gilt.

(3) Die Zulassung ist zu versagen, wenn

1. das Habilitationsgesuch unvollständig ist und trotz Aufforderung nicht vervollständigt wird,
2. die in § 4 genannten Voraussetzungen für die Zulassung fehlen,
3. die Bewerberin bzw. der Bewerber gemäß § 5 Absatz 1 Nr. 14 wegen wissenschaftsbezogener Straftaten strafrechtlich verurteilt und/oder ihr bzw. ihm aus diesem Grund eine Disziplinarmaßnahme auferlegt wurde und die Bewerberin bzw. der Bewerber somit keine Gewähr künftigen wissenschaftskonformen Verhaltens bietet,
4. die Bewerberin bzw. der Bewerber sich an anderer Stelle in einem noch laufenden Habilitationsverfahren befindet oder
5. die Fakultät die Habilitation fachlich nicht beurteilen kann.

(4) Die Zulassung ist in der Regel zu versagen, wenn schon mehr als ein Habilitationsverfahren außerhalb der Fakultät für das im Habilitationsgesuch bezeichnete oder ein entsprechendes Fach oder Fachgebiet erfolglos beendet worden ist.

(5) Liegen bei der Bewerberin bzw. dem Bewerber Gründe vor, die den Entzug akademischer Grade rechtfertigen, oder ist ein akademischer Grad entzogen worden, ist in der Regel die Zulassung zu versagen. Die Zulassung ist zu versagen, wenn Gründe vorliegen, die bei einer Privatdozentin bzw. einem Privatdozenten zum Erlöschen der Lehrbefugnis nach § 16 Abs. 1 Nrn. 3, 4 führen würden. Die Zulassung kann versagt werden, wenn Gründe vorliegen, die bei

einer Privatdozentin bzw. einem Privatdozenten zum Widerruf der Lehrbefugnis nach § 16 Abs. 4 Nrn. 2, 3, 4, 5 führen können. Die Zulassung ist zu versagen, wenn die Bewerberin bzw. der Bewerber Professorin bzw. Professor mit unbefristetem Auftrag an der Universität Tübingen ist.

(6) Liegen Gründe vor, aufgrund derer nach Abs. 5 die Zulassung zu versagen wäre oder versagt werden könnte, kann eine erfolgte Zulassung widerrufen werden.

## **§ 7 Nachweis pädagogisch-didaktischer Eignung**

Die Habilitationskommission beschließt aufgrund des Nachweises der Durchführung von studiengangsbezogenen Lehrveranstaltungen, der Lehrevaluationen und der Teilnahme an der Aus- und Weiterbildung eines Kompetenzzentrums für Hochschuldidaktik in Medizin oder einer gleichwertigen Weiterbildung, sowie einer Stellungnahme der Studienkommission über die Anerkennung als Nachweis der pädagogisch-didaktischen Eignung.

## **§ 8 Schriftliche Habilitationsleistung**

(1) Die schriftliche Habilitationsleistung kann durch eine einzelne Habilitationsschrift oder durch mehrere wissenschaftliche Veröffentlichungen oder zur Publikation angenommene wissenschaftliche Arbeiten der Bewerberin bzw. des Bewerbers (kumulative Habilitationsleistung) erbracht werden. Werden mehrere Arbeiten anstelle einer Habilitationsschrift vorgelegt, so soll zwischen denjenigen Teilen dieser Arbeiten, die die Gleichstellung mit einer Habilitationsschrift rechtfertigen sollen, ein innerer thematischer Zusammenhang bestehen. Die aus mehreren Einzelpublikationen bestehende kumulative Habilitationsschrift soll als eine gut lesbare Gesamtschrift ausgearbeitet sein und nach den Gliederungsvorschlägen im Merkblatt zum Habilitationsverfahren, erstellt werden. Eine Einführung in die Thematik und eine Diskussion im Sinne einer übergreifenden Abhandlung zum Thema sollen als wesentliche Bestandteile in der Gliederung der kumulativen Habilitationsschrift aufgenommen sein. Als schriftliche Habilitationsleistung können auch Arbeiten mit mehreren Verfasserinnen oder Verfassern an Erst- oder Seniorautorenstelle oder eine das Thema ergänzende Arbeit als Ko-Autor bewertet werden, wenn der eigenständige Anteil der Bewerberin bzw. des Bewerbers klar abgrenzbar ist. Eine eigene Dissertationsschrift oder für die eigene Dissertationsschrift erfasste Daten können nicht als Bestandteil der Habilitationsschrift verwendet werden. Die Habilitationsschrift kann in deutscher oder englischer Sprache abgefasst werden. Die Gliederung der Habilitationsschrift und die Gestaltung der Titelseite werden nach den Vorgaben im Merkblatt erwartet.

(2) Die Habilitationsschrift muss eine selbstständige wissenschaftliche Leistung in dem Fach oder Fachgebiet sein, für das die Bewerberin bzw. der Bewerber sich habilitieren will und soll einen wesentlichen Erkenntnisgewinn darstellen. Mit ihr vorgelegte sonstige wissenschaftliche Arbeiten sind bei der Beschlussfassung über den Umfang der Habilitation zu berücksichtigen; als sonstige wissenschaftliche Arbeiten können auch Gemeinschaftsarbeiten mitberücksichtigt werden, zu denen die Bewerberin bzw. der Bewerber einen im Sinne von Abs. 1 Satz 5 selbstständig abgefassten, klar abgrenzbaren Beitrag geleistet hat. Die schriftliche Habilitationsleistung muss die Eignung der Bewerberin bzw. des Bewerbers zu der den Universitätslehrerinnen bzw. Universitätslehrern aufgetragenen Forschungstätigkeit erkennen lassen, indem sie einen wesentlichen Beitrag zur wissenschaftlichen Erkenntnis erbringt.

(3) Legt die Bewerberin bzw. der Bewerber statt einer Habilitationsschrift eine ganze Reihe wissenschaftlicher Arbeiten vor, müssen diese einzeln oder in ihrer Gesamtheit den in Abs. 2 gestellten Anforderungen entsprechen.

(4) Zur Begutachtung der schriftlichen Habilitationsleistungen bestellt die Habilitationskommission wenigstens drei Gutachterinnen bzw. Gutachter. Eine Gutachterin bzw. ein Gutachter muss Universitätsprofessorin bzw. Universitätsprofessor an der Medizinischen Fakultät der

Universität Tübingen sein, in der Regel wird die Fachvertreterin bzw. der Fachvertreter nach § 4 Abs. 8 als Gutachterin bzw. Gutachter bestellt. Des Weiteren werden zwei externe Gutachterinnen oder Gutachter, in der Regel vom Rang einer Universitätsprofessorin bzw. eines Universitätsprofessors, idealerweise in der Funktion einer Direktorin bzw. eines Direktors anderer Fakultäten der Universität Tübingen oder anderer gleichwertiger wissenschaftlicher Hochschulen beauftragt. Nach Ermessen der Habilitationskommission ist es möglich, Professorinnen bzw. Professoren, Hochschul- und Privatdozentinnen bzw. -dozenten sowie entsprechend qualifizierte Gelehrte anderer wissenschaftlicher Institutionen als Gutachterinnen bzw. Gutachter zu benennen. Bei der Auswahl der externen Gutachterinnen und Gutachter ist darauf zu achten, dass Umstände, die den Anschein einer Befangenheit begründen könnten, vermieden werden. Die externen Gutachterinnen und Gutachter sollen nicht mit der Habilitandin bzw. dem Habilitanden gemeinsam publiziert oder zusammengearbeitet haben und dürfen innerhalb der letzten zehn Jahre nicht an der Medizinischen Fakultät Tübingen tätig oder habilitiertes Mitglied oder Angehörige bzw. Angehöriger gewesen sein. Ferner sollen die externen Gutachterinnen und Gutachter persönlich finanziell und dienstlich unabhängig voneinander sein und in keinem Abhängigkeitsverhältnis untereinander stehen. Der Anschein fehlender Unabhängigkeit könnte bei folgenden Sachverhalten bestehen: Verwandtschaft, Ehe, Partnerschaft; Lehrer-Schüler-Verhältnis innerhalb der letzten fünf Jahre; enge Kooperationen. Darüber hinaus gelten die Regeln nach § 20 und 21 LVwVfG.

(5) Die bzw. der Vorsitzende der Habilitationskommission sorgt dafür, dass die Gutachterinnen bzw. Gutachter ihre schriftlichen Gutachten innerhalb von 3 Monaten erstellen; ist dies nicht der Fall kann das Gutachten an eine andere Gutachterin bzw. einen anderen Gutachter vergeben werden. Die Gutachten müssen die eingehend begründete Empfehlung enthalten, die vorgelegte(n) wissenschaftliche(n) Arbeit(en) als schriftliche Habilitationsleistung anzuerkennen oder abzulehnen. Werden eine Habilitationsschrift oder andere nicht veröffentlichte Arbeiten vorgelegt, können die Gutachterinnen bzw. Gutachter dem Habilitationsausschuss empfehlen, das Verfahren befristet auszusetzen, um der Bewerberin bzw. dem Bewerber Gelegenheit zu geben, noch unveröffentlichte Teile ihrer bzw. seiner schriftlichen Habilitationsleistung umzuarbeiten oder zu ergänzen. Die Gutachterinnen und Gutachter können ferner empfehlen, dass der Umfang oder die Bezeichnung des Faches oder Fachgebietes, für das die Habilitation angestrebt wird, geändert wird.

(6) Alle habilitierten und hauptberuflich an der Medizinischen Fakultät Tübingen tätigen Mitglieder werden über das laufende Habilitationsverfahren in Kenntnis gesetzt und erhalten die Möglichkeit der Einsicht in die eingereichten Unterlagen. Fälle nach § 14 Abs. 3 sind von dieser Regelung ausgenommen. Die in Kenntnis gesetzten Mitglieder haben das Recht, innerhalb einer von der oder dem Vorsitzenden zu setzenden und von der Mitteilung über die Auslage an laufenden angemessenen Frist mit einer Empfehlung entsprechend Abs. 5 schriftlich Stellung zu nehmen. Die Auslagefrist soll nicht kürzer als ein Monat und nicht länger als drei Monate sein. Stellungnahmen, die mit einer Begründung versehen sind, werden den Mitgliedern der zuständigen Habilitationskommission zur Kenntnis gebracht.

(7) Aufgrund der abgegebenen Gutachten nach Abs. 5 und der Stellungnahmen nach Abs. 6 beschließt die Habilitationskommission über die Annahme des vorgelegten wissenschaftlichen Schrifttums als schriftliche Habilitationsleistung. Will die Habilitationskommission von der beantragten Bezeichnung des Faches oder Fachgebietes abweichen, ist die Bewerberin bzw. der Bewerber vorher zu hören.

Auf Vorschlag der Gutachterinnen bzw. Gutachter nach Abs. 5 kann eine befristete Aussetzung beschlossen werden; die Anregung zur Aussetzung kann auch von einer Stellungnahme nach Abs. 6 ausgehen oder sich aus der Diskussion in der Habilitationskommission ergeben, falls gegen einen wesentlichen Teil der schriftlichen Habilitationsleistung Einwände erhoben worden sind. Im Fall der Annahme ist die Bewerberin bzw. der Bewerber zu den mündlichen Habilitationsleistungen zugelassen. Im Fall der Aussetzung des Verfahrens ist nach Ablauf der gesetzten Frist erneut nach den Absätzen 4 bis 6 zu verfahren. Die Arbeiten sind in der

nunmehr vorliegenden Fassung Gegenstand des Verfahrens, auch wenn der Empfehlung auf Umarbeitung nicht oder nur teilweise entsprochen wurde; wird die Frist von der Bewerberin bzw. dem Bewerber nicht eingehalten, so wird das Verfahren mit der schriftlichen Habilitationsleistung in der eingereichten Fassung fortgesetzt, es sei denn, die Bewerberin bzw. der Bewerber hat die Überschreitung der Frist nicht zu vertreten. Die nach Abs. 4 erfolgte Bestellung der Gutachterinnen bzw. Gutachter bleibt aufrechterhalten, wenn keine andere Entscheidung getroffen wird. Eine Aussetzung des Verfahrens ist nur einmal möglich.

(8) Wird die schriftliche Habilitationsleistung nicht angenommen, ist das Verfahren erfolglos beendet.

(9) Die Bewerberin bzw. der Bewerber hat auf Antrag das Recht zur Einsicht in die Gutachten und Stellungnahmen sowie das Recht zur eigenen Stellungnahme. Sie bzw. er kann verlangen, dass ihre bzw. seine Stellungnahme den Mitgliedern der Habilitationskommission vor Beschlussfassung mitgeteilt wird.

## **§ 9 Mündliche Habilitationsleistung**

(1) Die mündliche Habilitationsleistung wird durch einen fakultätsöffentlichen wissenschaftlichen Vortrag der Bewerberin bzw. des Bewerbers und ein anschließendes Kolloquium erbracht. Wissenschaftlicher Vortrag und Kolloquium finden in deutscher Sprache statt, wenn nicht die Habilitationskommission auf Antrag der Bewerberin bzw. des Bewerbers etwas anderes beschließt. Bei Verfahren gemäß § 14 Abs. 3 und 4 entfällt die mündliche Habilitationsleistung.

(2) Nach dem Beschluss über die Annahme der schriftlichen Habilitationsleistung nach § 8 Abs. 7 Satz 1 entscheidet die Habilitationskommission auf der Grundlage von drei eingereichten Vorschlägen der Bewerberin bzw. des Bewerbers über das Thema des wissenschaftlichen Vortrags. Ein Themenvorschlag ist zu der Thematik der schriftlichen Habilitationsleistung zu stellen. Die Habilitationskommission kann Themenvorschläge zurückweisen, wenn sie für ungeeignet gehalten werden. In diesem Fall muss die Bewerberin bzw. der Bewerber neue Themenvorschläge einreichen.

(3) Der wissenschaftliche Vortrag soll ein wesentliches Problem des Faches oder Fachgebietes, für das die Bewerberin bzw. der Bewerber die Habilitation anstrebt, so behandeln, dass sich auch Vertreterinnen und Vertreter anderer Fächer ein Urteil bilden können. Die Dauer des Vortrags soll in der Regel 10 Minuten betragen.

(4) In dem anschließenden Kolloquium hat die Bewerberin bzw. der Bewerber ihren bzw. seinen Vortrag zu verteidigen und zu zeigen, dass sie bzw. er mit Grundproblemen ihres bzw. seines Faches und Fachgebietes vertraut ist.

(5) Im Anschluss an das Kolloquium beschließt die Habilitationskommission über die Annahme der mündlichen Habilitationsleistung. Wird sie angenommen, erfolgt der Vollzug der Habilitation nach § 10. Im Falle der Ablehnung ist nach § 13 zu verfahren; für die Wiederholung gilt § 11 Abs. 2.

## **§ 10 Vollzug der Habilitation**

Sind die schriftlichen und die mündlichen Habilitationsleistung nach §§ 8 und 9 sowie die Lehrleistung nach § 4 Abs. 5 angenommen und liegt der Nachweis nach § 7 vor, gibt die bzw. der Vorsitzende der Habilitationskommission der Bewerberin bzw. dem Bewerber das Ergebnis des Habilitationsverfahrens unmittelbar im Anschluss an die Beschlussfassung bekannt. Mit der Mitteilung des Beschlusses an die Bewerberin bzw. den Bewerber ist die Habilitation vollzogen.

## **§ 11 Wiederholung**

(1) Ein Verfahren, das durch Ablehnung einer Habilitationsleistung endet, kann einmal wiederholt werden, sofern nicht bereits ein Habilitationsverfahren für das beantragte Fach oder Fachgebiet im Geltungsbereich des Grundgesetzes erfolglos beendet worden ist.

Die Rücknahme des Habilitationsgesuchs nach der Beschlussfassung nach § 8 Absatz 7 und 8 ist nicht möglich.

(2) Endet das Verfahren durch Ablehnung der mündlichen Habilitationsleistung (§ 9 Abs. 5), kann die Bewerberin bzw. der Bewerber innerhalb eines Jahres diesen Teil des Verfahrens wiederholen. Für das Verfahren gilt § 9.

## **§ 12 Erweiterung der Habilitation**

Auf Antrag kann die zuständige Habilitationskommission die Habilitation auf weitere Fächer oder Fachgebiete ausdehnen. Die Habilitationskommission entscheidet auf der Grundlage der wissenschaftlichen Leistungen der Bewerberin bzw. des Bewerbers, ob hierfür ein Verfahren entsprechend §§ 8 bis 10 ganz oder zum Teil durchzuführen ist. Schriftliche Leistungen aus einer Habilitation in einem anderen Fach oder Fachgebiet können als Habilitationsleistungen anerkannt werden, wenn sie den Anforderungen des Faches oder Fachgebietes entsprechen, in dem sich die Bewerberin bzw. der Bewerber zusätzlich habilitieren will.

## **§ 13 Verfahren bei ablehnenden Entscheidungen**

Entscheidungen, die das Habilitationsverfahren durch Ablehnung der Zulassung (§ 6), der schriftlichen oder der mündlichen Habilitationsleistung (§ 8 Abs. 8; § 9 Abs. 5 Satz 3) beenden, die von der von der Bewerberin bzw. dem Bewerber beantragten Bezeichnung des Faches oder Fachgebietes (§ 11 Abs. 1) abweichen oder mit denen die Erweiterung der Habilitation (§ 12) ganz oder teilweise abgelehnt wird, sind der Bewerberin bzw. dem Bewerber schriftlich mit Begründung und Rechtsbehelfsbelehrung von der bzw. dem Vorsitzenden des Habilitationsausschusses mitzuteilen. Satz 1 gilt entsprechend für Entscheidungen, mit denen die Anerkennung der Lehrleistungen (§ 4 Abs. 5) und des Nachweises der pädagogisch-didaktischen Eignung (§ 7) abgelehnt wird.

## **§ 14 Verleihung der Lehrbefugnis; Urkunde**

(1) Der Habilitationsausschuss verleiht aufgrund der erfolgreichen Habilitation die Lehrbefugnis (§ 39 Abs. 3 LHG).

(2) Über die erfolgreiche Habilitation sowie über die Verleihung der Lehrbefugnis wird eine Urkunde ausgestellt. Diese muss enthalten:

1. den Namen der Habilitandin bzw. des Habilitanden,
2. das Thema der Habilitationsschrift oder die Thematik der sonstigen (kumulativen) schriftlichen Habilitationsleistungen,
3. die Bezeichnung des Faches oder Fachgebietes, für das die Lehrbefugnis erteilt wird,
4. den Tag, an dem die Habilitation vollzogen und der Beschluss über die Lehrbefugnis gefasst worden sind,
5. die eigenhändigen Unterschriften der Rektorin bzw. des Rektors und der Dekanin bzw. des Dekans,
6. das Siegel der Fakultät.

Mit der Aushändigung der Urkunde wird die Lehrbefugnis verliehen; mit der Verleihung ist das Recht zur Führung der Bezeichnung „Privatdozentin“ bzw. „Privatdozent“ verbunden, wenn diese auch nach der Habilitation an Einrichtungen unserer Fakultät in ihrem Fachgebiet Lehrveranstaltungen von mindestens 2 Semesterwochenstunden abhalten. Die Durchführung der Veranstaltung darf nicht von der Bezahlung einer Lehrvergütung abhängig gemacht werden. Übernimmt die Privatdozentin bzw. der Privatdozent eine Lehrstuhlvertretung mit entsprechender Lehrverpflichtung, hat sie bzw. er einen Anspruch auf Befreiung von der unentgeltlichen Titellehre.

(3) Ein Antrag auf Verleihung der Lehrbefugnis kann auch gestellt werden, wenn die Habilitation an einer anderen Fakultät der Universität Tübingen oder an einer anderen deutschen Universität erfolgt ist. Dem Gesuch sind beizufügen: ein formloses Antragsschreiben, ein Lebenslauf, eine Publikationsliste, Angaben zur Lehre und eine Habilitationsurkunde, ausgestellt von einer deutschen Fakultät. Die Richtigkeit der Urkunde wird festgestellt. Die jeweilige Fachvertreterin/WE-Leiterin bzw. der jeweilige Fachvertreter/WE-Leiter wird um Stellungnahme zum Antrag gebeten. Bei zustimmender Stellungnahme gilt die Umhabilitation mit einem bestätigten Beschluss der Habilitationskommission gemäß § 3 Abs. 7 Nr. 8 als vollzogen. Eine Auslagefrist und ein mündlicher Vortrag entfallen. Die Bewerberin bzw. der Bewerber erhält eine Urkunde als Privatdozentin bzw. Privatdozent. Mit der Urkunde wird unter Anerkennung der Habilitationsleistungen an der Fakultät/Universität, an der sich die Bewerberin bzw. der Bewerber habilitierte, die Lehrbefugnis an der Medizinischen Fakultät Tübingen verliehen. Bei Ablehnung der Fachvertreterin bzw. des Fachvertreters innerhalb einer gestellten Frist von 4 Wochen oder bei fehlender Stellungnahme trotz Nachfrist von weiteren 4 Wochen oder bei Ausbleiben eines bestätigten Beschlusses zur zustimmenden Stellungnahme wird der Antrag nach Vorlage ausführlicher Unterlagen gemäß § 5 vor Beschlussfassung in der Habilitationskommission geprüft; die Prüfung umfasst die persönliche und fachliche Eignung der Bewerberin bzw. des Bewerbers.

(4) Eine Verleihung der Lehrbefugnis an Bewerberinnen oder Bewerber, die an einer ausländischen Fakultät/Universität habilitiert haben, setzt die persönliche und fachliche Eignung sowie eine Prüfung der erbrachten wissenschaftlichen Leistungen und der Lehrtätigkeit durch die zuständige Habilitationskommission aufgrund ausführlicher Unterlagen gemäß § 5 voraus. Nach Zulassung des Verfahrens werden alle habilitierten und hauptberuflich an der Medizinischen Fakultät Tübingen tätigen Mitglieder über das laufende Umhabilitationsverfahren in Kenntnis gesetzt. Sie erhalten die Möglichkeit der Einsicht in die eingereichten Unterlagen. Die in Kenntnis gesetzten Mitglieder haben das Recht, innerhalb einer von der bzw. dem Vorsitzenden zu setzenden und von der Mitteilung über die Auslage an laufenden angemessenen Frist mit einer Empfehlung entsprechend § 8 Abs. 5 schriftlich Stellung zu nehmen. Die Auslagefrist soll nicht kürzer als ein Monat und nicht länger als drei Monate sein. Stellungnahmen, die mit einer Begründung versehen sind, werden den Mitgliedern der zuständigen Habilitationskommission zur Kenntnis gebracht. Mit Annahme der an der früheren ausländischen Fakultät erfüllten Habilitationsanforderungen ist das Umhabilitationsverfahren mit dem Beschluss der Habilitationskommission vollzogen. Die Bewerberin bzw. der Bewerber erhält eine Urkunde als Privatdozentin bzw. Privatdozent. Mit der Urkunde wird unter Anerkennung der Habilitationsleistungen an der Fakultät/Universität, an der sich die Bewerberin bzw. der Bewerber habilitierte, die Lehrbefugnis an der Medizinischen Fakultät Tübingen verliehen. Ein mündlicher Vortrag entfällt.

## **§ 15 Antrittsvorlesung**

Die Privatdozentin bzw. der Privatdozent kann nach den jeweils gültigen Regeln der Fakultät eine öffentliche Antrittsvorlesung halten.

## § 16 Verlust der durch die Habilitation erworbenen Rechtsstellung

### (1) Die Lehrbefugnis erlischt

1. durch die Ernennung zur Professorin bzw. zum Professor an einer anderen wissenschaftlichen Hochschule,
2. durch Bestellung zur Privatdozentin oder zum Privatdozenten oder Verleihung einer entsprechenden Lehrbefugnis an einer anderen Hochschule,
3. durch schriftlichen Verzicht gegenüber der Rektorin bzw. dem Rektor,
4. durch Verurteilung in einem ordentlichen Strafverfahren durch ein deutsches Gericht, wenn dieses Urteil bei einer Beamtin bzw. einem Beamten den Verlust der Beamtenrechte zur Folge hätte.

### (2) Die Lehrbefugnis ruht

1. solange eine Privatdozentin bzw. ein Privatdozent als Professorin bzw. Professor an der eigenen Universität beschäftigt wird,
2. solange eine Privatdozentin bzw. ein Privatdozent als Professorin bzw. Professor auf Zeit an einer wissenschaftlichen Hochschule mit Habilitationsrecht beschäftigt wird oder eine Professur in einem Fach vertritt, für das ihr bzw. ihm die Lehrbefugnis erteilt wurde,
3. solange eine Privatdozentin bzw. ein Privatdozent als Juniorprofessorin bzw. Juniorprofessor an einer wissenschaftlichen Hochschule mit Habilitationsrecht beschäftigt wird.

(3) Die Lehrbefugnis als Privatdozentin bzw. Privatdozent lebt nicht wieder auf, wenn das Dienstverhältnis als Professorin bzw. Professor auf Zeit oder als Juniorprofessorin bzw. Juniorprofessor deshalb nicht verlängert wird, weil sich die Privatdozentin bzw. der Privatdozent in der Lehre nicht bewährt hat.

(4) Die Lehrbefugnis kann unbeschadet der §§ 48 und 49 Landesverwaltungsverfahrensgesetz widerrufen werden, wenn

1. die Privatdozentin bzw. der Privatdozent aus Gründen, die sie bzw. er zu vertreten hat, in ihrem bzw. seinem Fachgebiet keine Lehrveranstaltung von mindestens 2 Semesterwochenstunden abhält,
2. die Privatdozentin bzw. der Privatdozent eine Handlung begeht, die bei einer Beamtin bzw. einem Beamten eine Disziplinarmaßnahme zur Folge hätte, die nur in einem förmlichen Disziplinarverfahren verhängt werden kann,
3. ein Grund vorliegt, der bei einer Beamtin bzw. einem Beamten die Rücknahme der Ernennung zur Beamtin bzw. zum Beamten rechtfertigen würde,
4. eine Ordnungsmaßnahme der Universität gegen sie bzw. ihn unanfechtbar wird, oder sie bzw. gegen die Regeln guter wissenschaftlicher Praxis verstößt oder ein solcher Verstoß nachträglich bekannt wird,
5. ein Grund vorliegt, der bei einer Beamtin bzw. einem Beamten die Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit rechtfertigen würde.

(5) Die Habilitation und die Lehrbefugnis können versagt oder nachträglich zurückgenommen werden, wenn sie mit unzulässigen Mitteln, insbesondere durch Täuschung, erlangt worden sind. Der Habilitandin bzw. dem Habilitanden ist Gelegenheit zu geben, sich zu äußern. In schwerwiegenden Fällen kann auch die Zulassung zur Wiederholung versagt werden (§ 11 Abs. 1 und 2) Die Entscheidung trifft der Habilitationsausschuss.

(6) Mit dem Erlöschen oder dem Widerruf der Lehrbefugnis erlischt auch das Recht zur Führung der Bezeichnung „Privatdozentin“ bzw. „Privatdozent“ und der Bezeichnung „Professorin“ bzw. „Professor“.

## **§ 17 Inkrafttreten**

- (1) Diese Ordnung tritt am 1 Februar 2023 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Habilitationsordnung der Universität Tübingen für die Medizinische Fakultät vom 15.12.2020 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Tübingen Nr. 33/2020, S. 949) außer Kraft.
- (2) Für § 4 Absatz 3 gilt eine Übergangszeit von zwei Jahren nach Inkrafttreten der Ordnung.
- (3) In Habilitationsverfahren, die bereits eröffnet worden sind oder deren Eröffnung zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Habilitationsordnung beantragt ist, kann die Bewerberin bzw. der Bewerber die Anwendung der Habilitationsordnung vom 15.12.2020 schriftlich verlangen, sofern das Landeshochschulgesetz nicht entgegen steht.

Tübingen, den 15.12.2022

Professorin Dr. Karla Pollmann  
Rektorin